

Verfahrensbrief

im Offenen Verfahren nach der VgV zur Vergabe der Leistungen der Brand-
schutzfachplanung im Vorhaben „L022 – Umbau Haus 4“

1. Auftraggeber

- (1) Auftraggeberin ist die Klinikum Lippe GmbH (nachfolgend „Auftraggeberin“) genannt.
- (2) Die Auftraggeberin ist öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 99 Nr. 2 GWB.

2. Auftragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe von Leistungen der Brandschutzfachplanung für das Vorhaben „L022 – Umbau Haus 4“ am Standort Klinikum Lemgo.
- (2) Das Vorhaben betrifft die bauliche, funktionale und technische Weiterentwicklung vorhandener Gebäudestrukturen im Haus 4. Die ausgeschriebenen Leistungen beziehen sich insbesondere auf:
 - den vollständigen Umbau der vorhandenen Station 42 im 2. Obergeschoss des Hauses 4 auf Grundlage des Vorentwurfsgrundrisses vom 01.05.2026 und nach einem vorgegebenen Corporate-Interior-(CI)-Konzept,
 - die Nutzungsänderung der vorhandenen Station 41 im 1. Obergeschoss des Hauses 4 auf Basis der vorhandenen räumlichen Strukturen zu Arzt- und Untersuchungsbereichen der Gefäßchirurgie und der Neurologie einschließlich MS-Ambulanz und Parkinson-Tagesklinik,
 - den Rückbau des Modulbaus der Firma Caldolto,
 - den Neubau eines notwendigen massiven Ersatztreppenhauses über alle Geschosse vom Sockelgeschoss bis zum 4. Obergeschoss an Haus 4 im Bereich des zurückzubauenden Modulbaus.
- (3) Die ausgeschriebene Leistung umfasst die Brandschutzfachplanung nach AHO in allen Leistungsphasen für die vorgenannten Projektbestandteile. Darüber hinaus umfasst die Leistung insbesondere die Fachbauleitung Brandschutz nach Maßgabe der BauO NRW, die Einarbeitung in das und die Fortschreibung des Gesamtbrandschutzkonzepts des Klinikums Lemgo, die Erstellung bzw. Fortschreibung einer Brandfallmatrix, die Fortschreibung der Feuerwehrpläne sowie die Erstellung bzw. Fortschreibung der Flucht- und Rettungspläne. Die Einzelheiten des Leistungsumfangs ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung, dem Vertrag sowie den weiteren Vergabeunterlagen.

3. Gesamtvergabe

Die Vergabe erfolgt als Gesamtvergabe, da es sich bereits um ein Fachlos handelt.

4. Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen unter Berücksichtigung der Anlage „Rahmenterminplan“ der Auftraggeberin zu erbringen. Die brandschutzfachlichen Beiträge für die Entwurfsplanung und die für das bauordnungsrechtliche Verfahren erforderlichen Bauvorlagen sind so rechtzeitig zu erbringen, dass die Entwurfsplanung und die Bauvorlagen im Oktober 2026 vorgelegt werden können. Der Rückbau des Modulbaus soll im ersten Quartal 2027 vollständig erfolgt sein. Die Inbetriebnahme der Station 42 ist nach dem Rahmenterminplan für den 02.01.2028 vorgesehen.
- (3) Die Leistungen sind zeitlich so zu erbringen, dass die brandschutzfachlichen Anforderungen in den jeweiligen Planungs-, Genehmigungs-, Ausführungs-, Abnahme- und Inbetriebnahmeschritten berücksichtigt werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Vertrag, der Leistungsbeschreibung und dem Rahmenterminplan.

5. Art des Verfahrens

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren gemäß §§ 119 Absatz 3 GWB i. V. m. § 15 VgV durchgeführt. Der Ablauf des Verfahrens ist unter Ziffer 7 beschrieben.

6. Rechtsgrundlagen

- (1) Die Bieter sind verpflichtet, sich selbständig und eigenverantwortlich jederzeit über den aktuellen Stand der Vergabeunterlagen, Antworten auf Bieterfragen und sonstige Information über etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen über die eVergabeplattform „[Deutsches Vergabeportal | DTVP | E-Vergabe-Plattform](#)“ (nachfolgend „Vergabeplattform“) zu informieren.
- (2) Sollten sich die Bieter dazu entscheiden, Rückfragen zu stellen oder Rügen zu erheben bzw. ein Angebot für die zu vergebende Leistung abgeben zu wollen, müssen sie sich bei der o. g. Vergabeplattform kostenfrei registrieren.

- (3) Sofern Schwierigkeiten beim Öffnen von Dateien oder sonstige Schwierigkeiten im Rahmen des Zugangs zur Vergabeplattform auftreten, ist die Auftraggeberin über die Vergabeplattform unverzüglich zu informieren.

7. Ablauf des Verfahrens und Zeitplan

- (1) Das Vergabeverfahren wird als einstufiges offenes Verfahren nach § 15 VgV durchgeführt. Eine gesonderte Eignungsvorauswahl erfolgt nicht. Alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer können ein Angebot abgeben, das die Anforderungen dieser Vergabeunterlagen erfüllt. Die Prüfung der Eignung erfolgt im Rahmen der Angebotswertung gemäß den einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen.
- (2) Die Angebote dürfen keine Vorbehalte enthalten. Angebote, welche die Anforderungen der Leistungsbeschreibung bzw. die formalen Anforderungen nicht erfüllen, können ausgeschlossen werden. Den Angeboten müssen zudem die vertraglichen Bedingungen zugrunde liegen.
- (3) Die Angebote werden abschließend geprüft und gemäß der im Verfahren geltenden Kriterien bewertet. Die Bieter werden gem. § 134 GWB über die Vergabeentscheidung informiert. Nach Ablauf der Frist des § 134 GWB wird der Zuschlag erteilt.
- (4) Es ergibt sich folgender Zeitplan:

Tag der Absendung der Bekanntmachung	22.05.2026
Frist für Fragen zum Angebot (verbindlich)	16.06.2026
Angebotsfrist (verbindlich)	23.06.2026 12:00 Uhr
Versand Vorabinformation	30.06.2026
Zuschlagserteilung	13.07.2026
Bindefrist	2 Monate ab Ende Angebotsfrist

- (5) Auf die vorstehend beschriebene Zeitplanung haben sich die Bieter einzustellen. Die Auftraggeberin behält sich jedoch vor, die vorstehende Zeitplanung im Laufe des Vergabeverfahrens hinsichtlich der Verfahrensschritte und der genannten Zeiten zu ändern mit Ausnahme der als verbindlich gekennzeichneten Termine.

8. Einzelbieter / Bietergemeinschaften / Eignungsleihe

- (1) Der Auftrag kann sowohl an Einzelbieter als auch an Bietergemeinschaften vergeben werden.
- (2) Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot eine Erklärung über die Bildung der Bietergemeinschaft vorzulegen (Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall nach §§ 705 ff. BGB). Hiermit erklären die Mitglieder der Bietergemeinschaft, dass sie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften. Weiter haben die Mitglieder der Bietergemeinschaft mit der Erklärung ihren bevollmächtigten Vertreter sowie die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen. Eine entsprechende „Bietergemeinschaftserklärung“ wird mit dem Formblatt 531 VHB NRW 02/2024 beigelegt und ist ggf. mit dem Angebot vorzulegen.
- (3) Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren.
- (4) Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche oder fachliche Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will, ist eine Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe nach § 47 VgV vorzulegen. Dazu sind die Formblätter 534a und 534b VHB NRW 02/2024 zu nutzen.

9. Eignung

- (1) Mit den in der Anlage „Bieterbogen Brandschutz“ gemachten Angaben dokumentiert der Bieter seine Eignung gemäß § 122 ff. GWB und §§ 42 ff. VgV (Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) durch Vorlage der dort aufgeführten Unterlagen und Erklärungen sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB.
- (2) Der Bieter muss durch die Vorlage, der nach den Kriterien der Bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen seine Eignung dokumentieren. Die Mindestanforderungen sind aus der Bekanntmachung bzw. der Anlage „Bieterbogen Brandschutz“ ersichtlich. Die Nichterfüllung von Mindestanforderungen führt zum Ausschluss.
- (3) Die Einreichung zusätzlicher, nicht angeforderter Unterlagen ist nicht erforderlich und bleibt bei der Wertung unberücksichtigt.

- (4) Präqualifizierung oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) werden als vorläufiger Eignungsnachweis anerkannt; benannte Bescheinigungen sind auf Verlangen nachzureichen.

10. Angebotsfrist und Form des Angebots

- (1) Das Angebot muss unter Nutzung Angebotsschreibens bis zum

23.06.2026, 12:00 Uhr

ausschließlich auf der Vergabepattform über die die Vergabeunterlagen bereitgestellt wurden, an der dafür vorgesehenen Stelle hochzuladen. Es muss alle geforderten Angaben und einzureichenden Unterlagen enthalten.

- (2) Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter kann nachweisen, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.
- (3) Das Angebot muss vollständig sein. Die Auftraggeberin behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 56 VgV nachzufordern. Hierauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch.
- (4) Das Angebot ist inklusive aller Anlagen, Nachweise, Erklärungen, etc. einzureichen. Hierzu zählen insbesondere die in den Anlagen „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ und „Bieterbogen Brandschutz“ genannten Unterlagen.
- (5) Zur Wahrung der Angebotsfrist ist der Eingang des digitalen Angebots über die Vergabepattform entscheidend. Angebote ausschließlich in Papierform, per E-Mail oder Telefax sind nicht zugelassen und werden von der Wertung ausgeschlossen.
- (6) Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter kann nachweisen, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.
- (7) Das Angebot muss durch den Bieter bzw. die für ihn vertretungsberechtigten Personen mit einer Erklärung nach § 126b BGB versehen sein. Bei Bietergemeinschaften muss die Erklärung nach § 126b BGB durch alle an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen erfolgen.
- (8) Einzelne Bestandteile der Unterlagen sind erforderlichenfalls mit Stempel/Vermerk „Vertraulich“ zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.
- (9) Ein eingereichtes Angebot kann bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf elektronischem Wege zurückgezogen werden.
- (10) Nebenangebote sind unzulässig.

- (11) Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.
- (12) Hinsichtlich der Sprache und der zulässigen Kommunikationswege gilt **Ziffer 13**.

11. Fragen zum Angebot

- (1) Fragen der Bieter sind über die Vergabepattform zu stellen.

Die Fragen sind spätestens bis zum

16.06.2026

zu stellen.

- (2) Eine Beantwortung gestellter Fragen erfolgt entsprechend der vergaberechtlichen Erfordernisse durch Einstellung der Antworten auf der Vergabepattform, die die Bieter regelmäßig zu prüfen haben.

12. Kommunikation im Verfahren und Rügen

- (1) Das Verfahren wird in deutscher Sprache durchgeführt. Die gesamte Kommunikation ist vom Bieter daher in deutscher Sprache durchzuführen. Zudem sind alle vom Bieter einzureichenden Unterlagen in deutscher Sprache zu verfassen. Anderssprachigen Unterlagen (z.B. Nachweise oder Bestätigungen ausländischer Stellen) ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
- (2) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder Aufklärungsbedarf, so hat der Bieter der Auftraggeberin unverzüglich gemäß Absatz 5 darauf hinzuweisen. Das gleiche gilt für vertragliche Regelungen, die aus Sicht des Bieters eine unzulässige und einseitige Benachteiligung darstellen.
- (3) Die Bieter haben etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen in § 160 Absatz 3 GWB zu rügen.
- (4) Mündliche Auskünfte bzw. mündliche Antworten auf Rückfragen und/oder Rügen zu den Vergabeunterlagen werden nicht erteilt.
- (5) Die Bieter müssen daher Rückfragen und Rügen über die Vergabepattform übermitteln. Die gesamte Bieterkommunikation wird über die Vergabepattform abgewickelt.

- (6) Der Bieter hat sich auf der Vergabeplattform mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung, Anschrift und aktiver E-Mail zu registrieren, wenn er Angebote, Bieterfragen etc. einreichen möchte.
- (7) Rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen werden unverzüglich und höchstens bis sechs (6) Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist erteilt.
- (8) Ergeben sich aus Fragen oder Rügen der Bieter Änderungen oder Erläuterungen zu den Vergabeunterlagen, werden diese als Information auf der Vergabeplattform eingestellt. Dies erfolgt in anonymisierter Form, so dass der fragestellende Bieter nicht genannt wird.
- (9) Die Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über die Änderungen an den Vergabeunterlagen und Informationen durch einen regelmäßigen Besuch der Vergabeplattform informieren.

13. Ansprechpartner

Der Bieter muss mit dem Angebot eine/n verantwortliche/n deutschsprachige/n Ansprechpartner/in benennen. Bietergemeinschaften müssen eine einzige Kontaktperson benennen.

14. Datenschutz

Die Bieter erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebots.

15. Tariftreue- und Vergabegesetz NRW / Mindestlohngesetz

- (1) Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG NRW) kommt in seiner gegenwärtigen Fassung zur Anwendung.
- (2) Dazu wird auf die besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (Formblatt 513 VHB NRW 02/2024) verwiesen.
- (3) Der Auftraggeber weist zudem darauf hin, dass die Vergabe dem MiLoG unterliegt und dass sie nach § 19 Abs. 4 MiLoG Verstöße gegen das MiLoG prüfen müssen.

- (4) Mit Abgabe seines Angebotes stellt der Bieter den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus Verstößen gegen das Tariftreue- und Vergabegesetz und dem Mindestlohngesetz ergeben können.

16. Wertung der Angebote / Zuschlagskriterien

- (1) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit dem niedrigsten wertbaren Gesamthonorar netto.
- (2) Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis. Gewertet wird das vom Bieter in der Anlage „Preisblatt Brandschutz“ angebotene Gesamthonorar netto für die ausgeschriebenen Leistungen der Brandschutzfachplanung, bestehend aus den Leistungen der Brandschutzfachplanung, den besonderen Leistungen, der Fachbauleitung Brandschutz nach Maßgabe der BauO NRW sowie den Nebenkosten.
- (3) Die Auftraggeberin wird das Angebot mit dem niedrigsten wertbaren Gesamthonorar netto bezuschlagen.

17. Bindefrist

Die Bindefrist beträgt 2 Monate ab Ende Angebotsfrist.

18. Vertraulichkeit

- (1) Im gesamten Vergabeverfahren gilt der Grundsatz der Vertraulichkeit. Der Austausch von Informationen innerhalb des Bieterkreises zum Gegenstand des Verfahrens führt in der Regel zum Ausschluss vom weiteren Verfahren.
- (2) Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen ausschließlich zum Zweck der Angebotserstellung und der Durchführung dieses Vergabeverfahrens verwendet werden.

19. Kosten / Entschädigung

Für die Beteiligung an diesem Verfahren wird den Bietern kein Kostenersatz und keine Entschädigung gewährt. Auch Aufwendungen, die dem Bieter durch die Beteiligung an diesem Verfahren entstanden sind, bspw. aufgrund der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen Dritter, werden nicht ersetzt. Mit der Beteiligung an diesem Verfahren lässt der Bieter dies gegen sich gelten.

20. Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf § 160 ff. GWB verwiesen. Zuständig ist die Vergabekammer Westfalen:

Vergabekammer Westfalen
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster
0251 411-2165 (Fax)
vergabekammer@brms.nrw.de